

MAG. DR. ALFRED BROGYÁNYI, WP, GESCHÄFTSFÜHRER WVT GMBH, WVT EHRENPRÄSIDENT

ABSCHLUSSPRÜFERAUF SICHTSGESETZ (APAG)

Befindlichkeiten bei der Gesetzwerdung

Seit Frühjahr 2014 sind EU-Bestimmungen in Kraft, die die Neuregelung der Aufsicht über Abschlussprüfungen und Abschlussprüfer EU-weit regeln und bis längstens 17. Juni 2016 auch national umgesetzt sein müssen.

Seit Herbst 2014 werden mit dem seinerzeit zuständigen BMWfW Regelungen diskutiert, welche die Aufsicht über die Abschlussprüfung sowohl für sogenannte „PIE's“, als auch für „Non PIE's“ regeln.

Der Entwurf des BMWfW ging erst Ende 2015 in Begutachtung; am 23. Februar 2016 fand eine Regierungssitzung statt, die allerdings einen komplett abweichenden Regierungsentwurf verabschiedet hat.

Das Thema des APAG hat aufgrund der Regierungssitzung vom 23. Februar und des dort vorgestellten Regierungsentwurfes allerdings äußerste Brisanz erfahren, da das Vorhaben der Bundesregierung zur Zeit leider darauf abzielt, den Berufsstand der Wirtschaftsprüfer unter die Aufsicht von anderen Kammern (Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer) sowie auch weiteren Ministerien (Sozialministerium, Finanzministerium neben dem Aufsichtsministerium Wirtschaftsministerium) sowie der FMA zu stellen.

Nachdem auch mit Redaktionsschluss für diesen Leitartikel, also mit Dienstag, 26. April 2016 auf der Homepage des Parlaments kein Abänderungsantrag bekannt gemacht ist, der am Donnerstag, 28. April 2016 in „zweiter Lesung“ behandelt werden soll, ist aus derzeitiger Sicht von einer eklatant unzumutbaren Informationslage auszugehen, die wohl ein bezeichnendes Bild auf die offenbare Gesetzwerdungspraxis in Österreich wirft.

Man muss wissen, dass die für den Berufsstand komplett unakzeptable Lösung des Regierungsentwurfes vom 23. Februar seit der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 2. März, in dem die Regierungsvorlage mehr oder weniger durchgewinkt wurde, nunmehr in zweiter Lesung im Parlament behandelt werden muss, wobei erheblicher Änderungsbedarf besteht.

Allerdings ist nicht bekannt, ob und inwieweit sich die Vorschläge der KWT und des IWP in diesem Änderungsbedarf durchgesetzt haben.

Es ist somit abzuwarten, ob in der zweiten Lesung wohl eine andere Regelung der Berufsaufsicht gefunden werden wird, wobei aus breiten Kreisen eine Regelung wie sie in Deutschland gefunden wurde („Registrierungsverfahren für Non Pie's“) angestrebt wird.

Nun ist in Österreich bekanntlich die KWT durch einen Kammerpräsident geführt, der Steuerberater ist, und nicht Wirtschaftsprüfer!

Die fachlichen Agenden liegen somit auf den Schultern von Vizepräsident Mag. Herbert Houf, WP, sowie dem Berufsgruppenobmann WP Dr. Aslan Milla, einem Vertreter der Big Four, und somit nur mittelbar am Geschehen von mittelgroßen WP Kanzleien interessiert.

Zudem ist festzustellen, dass seitens KWT im Entstehungszeitraum des Ministerialentwurfes wohl unzureichend politisch lobbyiert wurde, und man sich ausschließlich auf Expertengespräche auf Beamtenebene verlassen hat.

Dieses Verhalten hat sich am 23. Februar bitter gerächt, als allerdings auch das Wirtschaftsministerium, in dessen Bereich die Vorbereitung des APAG fällt, vom Koalitionspartner unmittelbar vor der Regierungssitzung überrascht bzw. überrumpelt wurde, der sachlich unzureichend Berufsfremde und Sozialpartner in die Prüfungsmechanik des APAG eingeschleust hat.

Nach dem Regierungsentwurf ist nunmehr das Finanzministerium für das APAG zuständig, nachdem dorthin auch die FMA ressortiert.

Ich hoffe, dass die zweite Lesung im Parlament eine markante Verbesserung des derzeitigen Regierungsentwurfes des APAG bringen wird, ansonsten ich zum einen eine Abwanderung der großen österreichischen Wirtschaftsprüfungskanzleien unter das deutsche Regime vorhersage – deutsche WP können in Österreich prüfen – und zum anderen das wichtige Thema des Berufsnachwuchses in Österreich einen endgültigen k.o.-Schlag erfahren wird!

Ich hoffe nur, dass ich zu schwarz sehe und lasse mich gerne am 28. April nach der zweiten Lesung positiv überraschen!

Dieser Artikel, der erst nach dem 28. April publiziert wird und somit die Lösung nicht kennt, soll allerdings ein Schaubild dafür abgeben, wie in Österreich Gesetze zustande kommen!

Alfred Brogyányi